



Presseinformation

Nr. 453 / 2012

Kiel, Freitag, 23. November 2012

Arbeit / Gesetzentwurf zur Tariftreue

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christopher Vogt: Das geplante Gesetz zur Tariftreue ist weder zielführend noch praktikabel

Zur Diskussion über den Gesetzentwurf der Koalition zur Tariftreue erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die Ergebnisse der schriftlichen Anhörung sprechen für sich. Der Entwurf der Koalition muss, wie erwartet, harsche Kritik einstecken und wird weder als zielführend noch als praktikabel angesehen. SPD, Grüne und SSW sollten die großen Bedenken der schleswig-holsteinischen Wirtschaft sehr ernst nehmen und endlich einsehen, dass ihr Gesetzentwurf ein Fall für den Papierkorb ist.“

Es sei fraglich, ob der Gesetzentwurf rechtssicher sei, so Vogt weiter. Die FDP-Landtagsfraktion befürchte vor allem deutlich höhere Kosten durch unnötige Bürokratie und eine unfaire Bevorzugung großer Unternehmen. Mit der Novellierung des Mittelstandsförderungsgesetzes in der vergangenen Legislaturperiode hätten FDP und CDU den Wettbewerb durch die mittelstandsfreundliche Vergabe fairer gestaltet. „Wir hatten dabei die kleinen und mittleren Betriebe aus Schleswig-Holstein im Blick. Die Koalition macht leider das genaue Gegenteil“, sagt Christopher Vogt.

„Die FDP spricht sich für faire Lohnuntergrenzen aus, die in den verschiedenen Branchen von den Sozialpartnern ausgehandelt und für allgemeinverbindlich erklärt werden. Hier ist die neue Landesregierung bisher jedoch völlig tatenlos. Stattdessen blamiert sie sich mit einem überflüssigen Gesetzentwurf zur Vergabe. Damit möchte sie offenbar mehr Gerechtigkeit durch die Hintertür schaffen, würde jedoch nur für mehr Bürokratie und höhere Kosten sorgen. Der Gesetzentwurf wirkt mit seinen Vorgaben wie aus der Zeit gefallen. Es reicht nicht aus, dass dieser Wust an Auflagen gut gemeint sein mag.“

Die Koalitionäre sollten langsam in der Regierung ankommen und nicht allein auf die Meinung der Gewerkschaften Rücksicht nehmen. Wirtschaftsminister Reinhard Meyer muss sich klar positionieren. Die von ihm in der Landtagsdebatte geäußerten Bedenken sollten eigentlich ausreichen, um die Abgeordneten davon zu überzeugen, dieses Gesetz zurückziehen.

Alle wissen doch, dass dem Land für eine neue und völlig überflüssige Kontrollbehörde das Geld fehlt. Damit ist dieser Entwurf auch schon gescheitert.

Sollte der Gesetzentwurf jetzt nicht zurückgezogen werden, wird die FDP im Wirtschaftsausschuss eine mündliche Anhörung beantragen. Die Koalition wäre dann gut beraten, sich diesem Verfahren angesichts der harschen Kritik nicht zu verweigern. Die von der Koalition für Dezember geplante Verabschiedung wäre dann nicht mehr einzuhalten.“